

Warten auf die große Reform

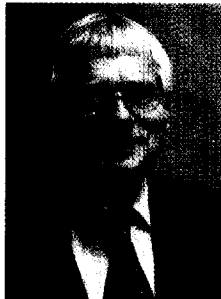
Nach mehr als 25 Jahren fantasieloser Kostendämpfungs-politik ist eine umfassende Strukturreform des Gesundheitswesens mehr als überfällig. Eine Reform, die nicht nur hektisch an Symptomen „herumdoktert“, sondern langfristig die Versorgungsstrukturen sichert. Doch die alte und neue Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, jetzt Superministerin für Gesundheit und Soziales, macht keinerlei

Anstalten, diese Reform mutig und konsequent anzugehen. Stattdessen setzt sie mit ihrer Notoperation „Beitragssatzsicherungsgesetz“ wieder einmal auf kurzatmige Sparpolitik. Alles weitere soll die „Rürup-Kommission“ richten. Deren Auftrag: Sie soll innerhalb eines Jahres ein Konzept für die „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“ entwickeln.

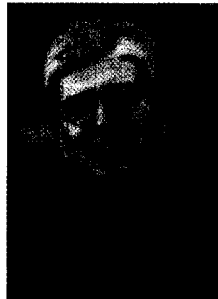
Dieses Konzept ist buchstäblich „Not-wendig“, denn im System der sozialen Sicherung brennt es lichterloh! Der durchschnittliche Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung, erst Anfang vorigen Jahres auf 14 Prozent geklettert, steigt weiter. Die Kassen versuchen verzweifelt den Ausgleich ihrer neuerlichen finanziellen Defizite, die sich auf insgesamt 2,5 Milliarden Euro für das abgelaufene Jahr beziffern könnten. Das ähnelt einem Kampf gegen Windmühlen, solange das seit Jahren bekannte Einnahmeproblem der GKV nicht gelöst ist. Der verordnete „Beitragsstopp“ kann da natürlich nicht greifen.

Die Bundesregierung schiebt zugunsten ihres kurzsichtigen und nicht zielführenden Vorschaltgesetzes die dringend notwendige Reform auf die lange Bank. Und löst damit kein einziges Problem, sondern schafft viele neue. Wer Krankenhäusern und Praxen eine „Minusrunde“ verordnet – „Nullrunde“ ist ja ein viel zu euphemistischer Begriff –, muss sich auch über die fatalen Folgen im Klaren sein: Verhinderung medizinischer Innovation, Verschlechterung der Patientenversorgung, Demotivation der im Gesundheitswesen Tätigen und Arbeitsplatzvernichtung im großen Stil. Die „Minusrunde“ wird Kliniken wie niedergelassene Kolleginnen und Kollegen zu massivem Personalabbau zwingen, wird sich als „Jobkiller“ erweisen. Aus medizinischer und volkswirtschaftlicher Sicht eine Katastrophe! Fest steht: Die Ärzteschaft kann nicht länger das Gesundheitswesen durch unbezahlte Arbeit subventionieren. Sie muss stärker betriebswirtschaftlich orientiert handeln – natürlich ohne das Patientenwohl aus den Augen zu verlieren.

Das „Warten auf die große Reform“ ist zum Leitmotiv – oder Leidmotiv? – deutscher Gesundheitspolitik geworden. Die Bundesregierung wäre besser beraten, auf der Grundlage der bereits zahlreich vorliegenden konkreten Vorschläge umgehend einen radikalen Umbau unseres Gesundheitswesens in Angriff zu nehmen, anstatt dieses Gesundheitswesen mit unbedachten Schnellschüssen kaputt zu sparen. Also – die Gesundheitsreform muss jetzt angepackt werden, und nicht erst in einem Jahr!



Dr. Ulrich Thamer,
1. Vorsitzender
der KVWL



Prof. Dr. Ingo Flenker,
Präsident
der AKWL

Vertreterversammlung

Das Sparschwein wird geschlachtet 6
KVWL schafft neues Angebot
für Netze 8

Wiedereinsteiger-Seminar

Fit für die Rückkehr in den
Arztberuf 8

Qualitätsmanagement

25 neue Qualitätsmanager für
Westfalen-Lippe 10

Brustzentren

Ein neuer Weg zur besseren
Versorgung bei Brustkrebs 11

Finanzierung

Wie steuert das Boot
Gesundheitswesen? 12

Bielefelder Hausärzte

Kleines Heftchen hilft der
Kommunikation auf die Sprünge 14

Medizin

Titankorb überbrückt
Röhrenknochen-Defekt 15

Diskussion

ADHS: ein kinderpsychiatrisches
Krankheitsbild 17

Magazin

Informationen aktuell 4
Leserbrief 19
Persönliches 19
Ankündigungen der Akademie
für ärztliche Fortbildung der
ÄKWL und KVWL 21
Fortbildung in den
Verwaltungsbezirken 82
Institut für ärztliches
Management 20

Bekanntmachungen der ÄKWL 41
Bekanntmachungen der KVWL 68

Impressum 89